



Red Hand Day 2018

Pressekonferenz

am 9. Februar 2018

Bundespressekonferenz, Berlin

Minderjährige bei der Bundeswehr

Michael Schulze von Glaßer

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

politischer Geschäftsführer

Die Zahl der Minderjährigen, die von der Bundeswehr an der Waffe ausgebildet werden, hat 2017 einen neuen Höchststand erreicht: Von 689 im Jahr 2011 hat sich ihre Zahl im letzte Jahr mit 2.128 mehr als verdreifacht. Sollte die Einstellung Minderjähriger bei der Bundeswehr ursprünglich nur eine Ausnahme bleiben, so stellen die 17-Jährigen heute etwa 10 Prozent der jährlich neu eingestellten Rekrutinnen und Rekruten dar. Einen besonderen Schutz genießen die nicht-volljährigen jungen Leute in der Bundeswehr nicht. Als „Deutsches Bündnis Kindersoldaten“ fordern wir ein Ende der gezielten Bundeswehr-Werbung für Minderjährige und bei der Rekrutierung „unter 18 nie“ – also ein Ende der Einstellung Minderjähriger als Soldatinnen und Soldaten. Und dabei sind wir nicht allein.

Bereits vor Jahren hat der **„UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes“**, der die Einhaltung der von Deutschland unterschriebenen UN-Kinderrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokollen prüft, von der Bundesregierung gefordert die Rekrutierungspraxis zu ändern. In seinen „Concluding Observations“ für Deutschland schrieb der Ausschuss am 31. Januar 2014:

„Der Ausschuss wiederholt seine vorherigen Empfehlungen [...] und empfiehlt, dass der Vertragsstaat:

- (a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt**
- (b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet [...].“**

Geändert hat die Bundesregierung seitdem nichts. Ganz im Gegenteil hat die Werbung für den Dienst an der Waffe mit der seit November 2015 laufenden „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne der Bundeswehr sogar noch zugenommen. **Plakate mit Slogans wie „Nach der Schule liegt dir die Welt zu Füßen – Mach sie sicherer“ und die Web-Serien „Die Rekruten“ und „Mali“ haben auch Minderjährige als Zielgruppe.** Die auch auf Kinder und Jugendliche abzielende Armee-Werbung bemängelte vor zwei Jahren auch die **Kinderkommission des Bundestags**, in der alle damals im Bundestag vertretenen Fraktionen über „Kinderrechte und Militär“ diskutierten. Die Kommission beschäftigte sich im vorletzten Jahr in mehreren Sitzungen mit Bundeswehr-Rekrutierung und beleuchtete den Dienst in der Armee auch von rechtlicher und psychologischer Seite. Am 21. September 2016 veröffentlichte die Kinderkommission einstimmig eine „Stellungnahme [...] zur Wahrnehmung der Belange der Kinder zum Verhältnis von Militär und Jugend in Deutschland“. Darin heißt es:

„Im Ergebnis der Anhörungen und der Debatte innerhalb der Kinderkommission fordert diese zum Schutz von Minderjährigen:

1. Die Anhebung des Mindestalters für den Dienstbeginn von Soldat_innen auf 18 Jahre. [...]
3. Die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an die Bundesrepublik Deutschland. [...]
6. Ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr, die an Minderjährige gerichtet ist.“

Wie schon bei den Forderungen des UN-Ausschusses ignoriert die Bundesregierung auch die Forderungen der Kinderkommission bisher komplett. Die Argumente kennen die Verantwortlichen aber sehr wohl. **Gemeinsam mit weiteren Organisationen wie der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ haben wir vom „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“ Unterschriften gegen die Rekrutierung Minderjähriger und Armeewerbung bei Minderjährigen gesammelt.** Etwa 20.000 Protest-Postkarten konnten direkt ans Verteidigungsministerium geschickt werden. Ministerin Ursula von der Leyen wurden am 31. August 2017 über 30.000 online gesammelte Unterschriften bei einer Wahlkampfveranstaltung übergeben – einen eigenen Termin bei ihr bekamen wir für die Unterschriftenübergabe nicht. Erst im Anschluss gab es ein Treffen mit Mitarbeitern ihres Ministeriums.

Und auch auf eine Frage zum Thema während der Wahlkampfveranstaltung antwortete die Ministerin nur ausweichend: Einerseits betonte Ursula von der Leyen, wie es auch viele andere Regierungsmitglieder machen, immer wieder den speziellen Charakter des Diensts in der Bundeswehr, der für die Soldatinnen und Soldaten etwa heißt, nicht alle Grundrechte in Anspruch nehmen zu können – ja nichtmals einfach kündigen zu können. Andererseits wird der Dienst an der Waffe bei der Bundeswehr versucht zu verharmlosen und etwa mit der Beschäftigung der ebenfalls waffentragenden Polizei verglichen, bei der ebenfalls Minderjährige angestellt sind. Dabei handelt es sich bei der Polizei jedoch um eine zivile Ordnungsbehörde, die Waffen lediglich zur Selbstverteidigung hat – beim Militär gehört die Anwendung von Waffengewalt auch für offensive Missionen zu den originären Aufgaben. Militär bildet zum Töten aus.

Das Hauptmotiv der Bundesregierung, weiterhin 17-Jährige in die Armee aufnehmen zu lassen, ist die Sorge, dass die jungen Leute der Armee entgehen, wenn diese nach Abschluss der Mittleren Reife – also der 10. Schulklasse – nicht die Möglichkeit haben bereits bei der Bundeswehr zu unterschreiben. Aktuelle Zahlen zerstreuen diese Vermutung jedoch. 2017 waren nur 90 der 2.128 Minderjährigen Rekrutinnen und Rekruten nach der halbjährigen Probezeit noch 17 Jahre alt – fast alle waren bei Dienstantritt also schon kurz vor der Volljährigkeit. Da

man bei der Bundeswehr zu Beginn jedes Quartals seinen Dienst antreten kann, könnte die Armee also problemlos noch einige Monate warten, um dann nur volljährige Rekrutinnen und Rekruten aufzunehmen und die internationalen Standards damit einhalten.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Ein Ende der Rekrutierung Minderjähriger! Durch die Einhaltung des internationalen „Straight 18“-Standards würde Deutschland auch seiner internationalen Vorbildrolle gerecht.**
- **Ein Ende der gezielten Werbung bei Minderjährigen für den Dienst an der Waffe! Werbung der Bundeswehr etwa an Schulen oder bei Jobmessen für Schülerinnen und Schüler muss beendet werden.**

Minderjährige an Waffen auszubilden und schon Schülerinnen und Schülern beizubringen, dass Gewalt eine effektive und begrüßenswerte Form der Konfliktlösung ist, ist fragwürdig. **Die Beachtung der in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen internationalen Standards und die Erziehung zu gewaltfreier und ziviler Konfliktlösung müssen Leit motive der Bundesregierung sein.** Dies gilt auch für eine mögliche neue „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD: Im neuen Koalitionsvertrag wird auf einer vollen Seite beschrieben, wie man den Dienst in der Bundeswehr „attraktiver“ machen will, um mehr junge Leute zu werben – das für die Verteidigungspolitikerinnen und -politiker unangenehmen Thema der Minderjährigen in der Bundeswehr wird dabei nicht angesprochen und abermals übergangen. Das verwundert vor allem mit Blick auf ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vom Juni 2017, in dem sich die Fraktion klar für ein Ende der Ausbildung 17-Jähriger an der Waffe bei der Bundeswehr ausgesprochen hat und sich klar zum „Straight 18“-Standard bekannt hat.

Wir werden daher – egal wie die Bundesregierung letztlich aussehen wird – weiter Druck machen und uns auf allen politischen Ebenen für „unter 18 nie“ und ein Ende der auf Kinder und Jugendliche abzielenden Militär-Werbung einsetzen.